

Säbelrasseln beeindruckt Gönner wenig

MARKDORF/MEERSBURG - Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) drückt auf die Bremse. Das Land will den Flächenverbrauch eindämmen und fordert die Gemeinden deshalb zur Zurückhaltung auf. Den Bürgermeistern in der Region passt das nicht, sie gehen auf die Barrikaden.

Von unserem Redakteur Michael Hescheler

Seit Monaten wetzen die Bürgermeister die Messer. Bernd Gerber, als Markdorfer Schultes einer der Wortführer: „Wir brauchen weitere Flächen, wenn wir den Lebens- und Beschäftigungsstandard halten wollen“, sagte er am Donnerstag bei einer Veranstaltung im Deggenhausertal. Zur gleichen Zeit referierte die Frau, auf die die Bürgermeister ihren Ärger projizieren, bei der CDU in Meersburg. Die Botschaft der Umweltministerin: Eine weitere ungezügelter Ausweisung immer neuer Wohn- und Gewerbegebiete bedeute Raubbau an der Natur und gehe zulasten der Lebensqualität der Menschen, vor allem am See, betont Gönner in Meersburg.

Das Ziel der Landesregierung ist mittelfristig, unter Berücksichtigung

der demografischen Entwicklung keine Flächen mehr zu versiegeln. Gönner schränkt zwar ein: „Das heißt nicht, dass nirgends mehr im Land et-



Verteidigt ihre klare Haltung: Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) will den Flächenverbrauch auf null reduzieren. Foto: Archiv

was getan werden kann.“ Aber deutlich weniger als bisher.

Die Behörden schieben bereits den Riegel vor. Das spürten die Kommunen des Verwaltungsverbands Meersburg kürzlich, als sie versuchten, Land für künftige Wohn- und Gewerbegebiete zu bestimmen. Die Bürgermeister blitzten ab. Dementsprechend groß ist ihr Ärger. Sie befürchten den Untergang der kommunalen Selbstverwaltung. Helmut Keser (Daisendorf) sieht die Existenz kleinerer Gemeinden gefährdet, da ohne zusätzliche Einwohner die Infrastruktur nicht mehr finanzierbar sei.

„Ruinöser Wettbewerb“

Sein Kollege Edgar Lamm (Uhldingen-Mühlhofen) setzt als Seeanrainer mit finsterner Miene noch einen drauf: „Reiche Stuttgarter drängen junge Familien ins Hinterland, weil sie in der Lage sind, höhere Grundstückspreise zu bezahlen.“ Der „ruinöse Wettbewerb“ um Gewerbe und junge Familien unter den Gemeinden führe in eine Sackgasse, da es wegen des Bevölkerungsrückgangs an Zuwächsen fehle, kritisiert Gönner.

Die Umweltministerin zeigt sich bei der CDU-Veranstaltung von dem Säbelrasseln wenig beeindruckt. Dass ein Supermarkt schließe, weil es weni-

ger neue Baugebiete gebe, hält sie für ausgeschlossen. „Bleiben Sie bei der Ehrlichkeit“, hält sie ihren Kritikern entgegen.

Die Pläne des Landes bedeuten konkret: Im Bodenseeraum wird nur noch den Gemeinden ein größeres Wachstum zugestanden, die im Regionalplan das Prädikat „Siedlungsschwerpunkt“ tragen. Dies sind Friedrichshafen, Meckenbeuren, Tettnang, Markdorf, Oberteuringen, Salem, Überlingen und Owingen. Die restlichen 15 Gemeinden des Bodenseekreises sollen leer ausgehen. Zumindest fast. Das Land will ihnen nur noch Flächenverbrauch für die Eigenentwicklung erlauben. Über Baugebiete Zuzügler anlocken, das soll es nicht mehr geben.

Beispiel: Das Land hat eine Formel entwickelt, über die der zulässige Flächenverbrauch berechnet werden kann. Markdorf hätte demnach bis 2025 19 Hektar für Wohngebiete zur Verfügung. Zieht man die bereits geplante Südstadt ab, „bleibt nichts übrig“, rechnet Thorsten Schneider vom Baurechtsamt vor.

Kommenden Montag hält sich die Umweltministerin erneut im Bodenseekreis auf. In Markdorf will ihr der Bürgermeister das Einkaufszentrum ProMa zeigen, im inoffiziellen Teil des Besuchs geht es um was anderes.

Interkommunale Gewerbegebiete sind Thema

MARKDORF (fxh) - Das Flächen-sparprogramm betrifft auch die Gewerbepolitik der Gemeinden. Im Bodenseekreis gibt es kaum mehr Entwicklungsspielraum, sagt Wilfried Franke vom Regionalverband.

Salem ist eine Ausnahme. Die 12 000-Einwohner-Gemeinde hat wegen des Neins zur MTU-Ansiedlung noch mehrere Dutzend Hektar in der Hinterhand. Weniger komfortabel sieht es in den großen Kreisstädten Überlingen und Friedrichshafen aus. Um der MTU Unterschlupf zu gewähren, muss in

Kluffern ein regionaler Grünzug in ein Gewerbegebiet umgemodelt werden. Überlingen musste Betriebe ziehen lassen, weil es im Poker um Gewerbeflächen nicht mitbieten konnte. Endlich ist das Bauland für die Wirtschaft auch in Markdorf. Das Gewerbegebiet ist so gut wie ausgebucht. Die Stadt will ein neues ausweisen. Die Frage ist, ob das Land mitmacht.

Für Wilfried Franke, seit wenigen Tagen Chef des Regionalverbands, ist das Problem lösbar, „wenn nicht mehr jede Kommune für sich ein Gewerbegebiet entwickelt.“ Aus seiner Sicht

müssen interkommunale Gewerbegebiete vorangetrieben werden.

Offenbar ziehen jetzt auch die Bürgermeister mit, die sich bei diesem Thema bislang zugeknöpft zeigten. Diesen Sinneswandel hat eine Informationsfahrt gebracht. Nach zweitägiger Besichtigung waren die Bürgermeister überzeugt, dass von interkommunalen Gewerbegebieten nicht nur derjenige was hat, auf dessen Gemarkung die Hallen gebaut werden. Franke: „Mein Eindruck ist, dass es unter den Bürgermeistern dazu eine große Bereitschaft gibt.“

Da in den einzelnen Gemeinden bislang genügend Land da war, bestand nicht die Notwendigkeit, über solche Konstruktionen nachzudenken. Konkrete Überlegungen, wo im Bodenseekreis interkommunale Gewerbegebiete angesiedelt werden könnten, gibt es nach Angaben Frankes noch nicht.

Mit Sonderregelungen könnten die Kommunen nicht rechnen, kündigte die Umweltministerin an: Auch für interkommunale Gebiete müssten andere Grundstücke im Flächennutzungsplan geopfert werden.